



Peter Merseburger

Kurt Schumacher

Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat
Biographie

Pantheon

Der vorliegende Band ist eine aktualisierte Neuausgabe von:
Peter Merseburger, »Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher«,
erschienen 1995 bei der Deutschen Verlags-Anstalt



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Papier verwendete FSC-zertifizierte
Papier *Munken Pocket* liefert
Arctic Paper Munkendals AB, Schweden.

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen
der Verlagsgruppe Random House GmbH.

Erste Auflage
September 2010

Copyright © 1995, 2010 by Deutsche Verlags-Anstalt, München
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2010
ISBN 978-3-570-55139-4

www.pantheon-verlag.de

Inhalt

Vorwort	7
Vorwort zur Neuauflage	11
Zwischen Kloster und Kaserne: Jugend im westpreußischen Grenzland 1895–1914	23
Lassalle statt Marx: Der Student bekennt sich zum demokratischen Staat 1915–1920	56
Mit Temperament und Kampfeslust: Aufstieg im liberalen Musterlände 1920–1928	83
Der schwarzrotgoldene Republikaner: Rebellion gegen das Parteiestablishment 1928–1932	114
»Mobilisierung der menschlichen Dummheit«: Der Marsch in die Diktatur 1932/33	141
»Zerbrechen und vernichten«: Leidensweg im Dritten Reich 1933–1945	178
»Wir verzweifeln nicht«: Der Neubeginn in Hannover 1945	207
Um die Freiheit des Erkennens: Absage an Grotewohl und die Zwangsvereinigung 1945/46	252

Der große Gegenspieler: Konrad Adenauer – Repräsentant einer untergehenden Welt?	330
Visionär voll Kraft und Leidenschaft: Die »wahrscheinlich bedeutendste Figur« im Trümmerland	369
Gerechte Verteilung der Lasten wie des Mangels: Keine Chance gegen die Marktwirtschaft	395
Triumph und jäher Fall: Kampf um das Grundgesetz und die Macht am Rhein	423
Ringens um Europa und Wehrbeitrag: Das Duell der Erzfeinde	464
Auf den Bänken der Opposition: Verantwortung und kein Erfolg	499
Kampf um die Einheit: Der schwierige Deutsche	517
Dank	543
Bibliographie	544
Bildquellen	551
Namenregister	553

Vorwort

Aus der frühen Nachkriegsgeschichte ist Kurt Schumacher nicht wegzudenken. Ohne seine Absage an den Kommunismus und die Einheitspartei hätte Nachkriegsdeutschland anders ausgesehen, ohne seinen Kampf um das Grundgesetz Adenauer nicht so regieren können, wie er es dann tat. In der Reihe sozialdemokratischer Parteiführer steht er neben Ferdinand Lassalle und August Bebel, die wiederbegründete Sozialdemokratie war »seine« Partei, wie die Vorkriegs-SPD die von Bebel gewesen ist.

Er war, was wir in der Politik heute oft schmerzlich vermissen: ein Unbestechlicher, ein großer Moralist, ein Mann von Prinzipien, ein geschworener Feind aller Totalitären. Die Weimarer Republik hat er bis zum bitteren Ende leidenschaftlich gegen ihre Feinde von rechts und links verteidigt. Aus den Konzentrationslagern der Nazis kommend, zählte er 1945 zu den ganz Wenigen, die über eine absolut glaubwürdige demokratische Biographie verfügten. Gerade dies ließ den Deutschen mit dem aufrechten Gang zum Schwierigen werden. Der Hitler-Gegner fühlte sich nicht als Besiegter, sondern Befreiter. Nicht Unterwürfigkeit wollte er, sondern Selbstreinigung; Demokratie hatte das Ergebnis von Selbstläuterung zu sein, nicht das eines alliierten Befehls. Ausgemergelt, abgezehrt, mit nur einem Arm und doch voll feuriger Leidenschaft – so prägt sich seine Gestalt als Symbol des geschundenen Deutschland und deutschen Selbstbehauptungswillens ein. Die Sieger mahnt er an die humanen Kriegsziele, die sie im Kampf gegen Hitler beschworen hatten, und wird damit zum unbequemen Kritiker ihrer Besatzungspolitik.

Wäre er der ideale Mann der Stunde Null gewesen, hätte es sie wirklich je gegeben? Wenn Markus Wolf, einer der Redner der großen Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989, davon träumte, endlich die Begriffe Demokratie und Sozialismus miteinan-

der zu versöhnen, hätte er dies früher haben können: 1945, als Schumacher einen konsequenten antikapitalistischen, aber demokratischen Neubau Deutschlands wollte. Für ihn waren Sozialismus und Freiheit untrennbar miteinander verbunden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er in den allerersten Nachkriegsjahren in ganz Deutschland eine Mehrheit für sein Konzept gefunden hätte. Sozialismus als konkrete Wirtschaftsform ist obsolet geworden; was von ihm bleibt, sagt André Gorz, ist ein Sinnhorizont, der für lebensweltliche Bedürfnisse, für demokratisch gestaltete Entwicklung und Kampf gegen antihumane Macht steht. Am Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts verpaßten Chancen nachzuweinen, wirkt aus dem Mund von gewendeten Altkommunisten heuchlerisch. Wer die Versöhnung von Sozialismus und Demokratie anstrebte, von der sie plötzlich träumen, wurde von ihnen und den Mächtigen, denen sie aus Überzeugung dienten, vertrieben, eingesperrt oder stumm gemacht.

Den Begriff der Nation wirft er 1945 nicht auf den Kehrichthaufen der Geschichte, doch versteht er ihn nicht ethnisch und reaktionär, er sieht vor allem das Staatsvolk darin. Nach seinem Verständnis ergänzen Demokratie und nationale Selbstbestimmung einander. Nur in einem freien Staat kann der Bürger wirklich frei sein. Deshalb sind auch die Begriffe »national« und »international« für ihn kein Widerspruch: Internationalität beruht auf der Bejahung der Nation, die ihrerseits die Aufgabe hat, das Volk zur internationalen Zusammenarbeit fähig und geeignet zu machen. Ist er ein sozialdemokratischer de Gaulle? Es gibt keine Äußerung von ihm, nach der Europa nicht als föderalistisch verfaßter Bundesstaat, sondern ausschließlich als Bund der Staaten und Nationen denkbar sei, wie de Gaulle dies anstrebt. Aber das Vaterland Europa, zu dem Schumacher sich ausdrücklich bekennt, die Vereinigten Staaten von Europa, die er als Zukunft beschwört, eine wahre Gemeinschaft der Völker – sie sind für ihn nur unter Freien und Gleichen vorstellbar.

Frei und gleich aber kann Deutschland nur sein, wenn es seine Einheit und Selbstbestimmung zurückgewinnt. So wird die Forderung nach Einheit in Freiheit zum Primat seiner Außenpolitik. Gleichwohl sieht er die Einheit der Nation, die für ihn unverzichtbar bleibt, fest eingebettet in die internationale und europäische Politik, will »diese Idee nicht als nationalistisches Deutschland«, sondern als »ein gleichberechtigtes Volk im Rahmen der europäischen Notwendigkeiten« verwirklicht wissen.

Gleichberechtigung heißt sein Schlüsselwort, es steht für eine selbstverständliche sozialdemokratische Tradition, der er treu bleibt und die aus der Zeit der Jahrhundertwende stammt. Die Begriffe »Demokratie« und »Nation« suchte er miteinander zu versöhnen, wie dies in westlichen Demokratien seit langem selbstverständlich ist, die Arbeiterschaft mit dem demokratischen Staat. Jene Linken, die heute die Nation am liebsten verleugnen wollen, die 68er-Generation, die ihn deshalb als Nationalisten sieht, verkennen seinen demokratisch-antiautoritären Ansatz und verleugnen die Traditionen der eigenen Partei. In einer europäischen Union, die sich, entgegen deutschen Hoffnungen, so schnell nicht zum föderalistischen Überstaat entwickeln wird, sondern irgendwo zwischen einem Bund von Nationalstaaten und der gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation des Ganzen angesiedelt bleibt, ist nicht das Leugnen der Nation, sondern die Aussöhnung mit dem Begriff angebracht – allerdings in einem modernen, westlichen Sinn. Nicht die Idee der homogenen, sondern jene der heterogenen Nation sollte der Maßstab sein. Für die Verweigerungshaltung jener gefühligen Linken, die Deutschland aus historisch-moralischen Gründen daran gehindert sieht, internationale Verantwortung zu übernehmen, wie die Verbündeten, die Länder Osteuropas, die Vereinten Nationen und die Dritte Welt dies erwarten, hätte er wenig Verständnis. Jene Rechten aber, die sich heute fälschlich auf ihn berufen, vergessen, daß er die eigene Nation nie über andere gestellt, sie freilich auch nicht anderen untergeordnet wissen wollte. National und nationalistisch waren für ihn unüberbrückbare Gegensätze, im Nationalismus sah er geradezu die Entartung der nationalen Idee. Demokrat bis auf die Knochen, hätte er sich den Ehrentitel »Republikaner« von den Schwarzweißroten nie stehlen lassen, als Reichbannerführer war er ja bekennender, schwarzrotgoldener Republikaner und kämpfte um die Rettung der ersten Republik. Überzeugter als die Konservativen verfocht er 1945 den Gedanken der parlamentarischen Demokratie und das westliche Wertesystem und wollte doch nicht bloßer Vasall westlicher Mächte werden. Schlechte Deutsche, sagte er einmal, müssen nicht gute Europäer sein. Lebte er heute, würde er wohl hinzufügen: Gute Deutsche müssen keine schlechten Europäer sein.

In seiner Biographie spiegelt sich ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte. Schumacher verstehen heißt seine Prägung durch Weimar erkennen, deren Sozialdemokratie wiederum nicht zu trennen ist von

Traditionen und Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit. In seinem Kampf um einen demokratischen Neubau 1945 erinnert er an Generäle, die mit ihren Aufmarschplänen stets den letzten Krieg gewinnen wollen. Er hat Weimar immer als Chance begriffen, denkt in Weimarer Parallelen und knüpft mit seinem Kampf 1945 beinahe nahtlos da an, wo er ihn als »militanter Sozialist« 1933 beenden mußte. Vielleicht liegt hier einer der Gründe, die ihn schließlich scheitern ließen. Doch der Missionar der Demokratie bleibt einer der Großen des deutschen Neubeginns, den er, auf seine Weise, entscheidend mitprägen half.

Vorwort zur Neuauflage

Diese Biographie wurde Anfang der neunziger Jahre geschrieben, weil die jüngere Generation in der SPD in den Jahren 1989/90 gegen die deutsche Einheit und für den Fortbestand der Zweistaatlichkeit eintrat. Auch votierte sie – geschichtsvergessen, wie Willy Brandt zurecht beklagte – gegen Berlin als deutsche Hauptstadt und gegen den Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin. War es da nicht an der Zeit, daran zu erinnern, daß ihre Partei nach dem Krieg als Anwalt und Vorkämpfer der deutschen Einheit groß geworden ist – und dies nicht nur unter Kurt Schumacher, sondern vor allem auch unter Willy Brandt? Die Debatten jener Jahre verstauben längst in historischen Archiven. Aber die Krise, welche die SPD seit ihrem Absturz auf die 23 Prozent im Jahr 2009 erlebt, sollte Grund zum Blick auf die eigene Geschichte sein. Selbst im Jahr des politischen Neuanfangs, bei den ersten Bundestagswahlen 1949, erzielte Kurt Schumacher immerhin 29,2 Prozent der Stimmen, und Konrad Adenauer lag mit 31 Prozent für die CDU nur knapp vor ihm. Wer bedenkt, daß in Westdeutschland das katholische Wählermilieu damals noch intakt und der SPD so gut wie verschlossen war; wer weiter in Rechnung stellt, daß die klassischen Bastionen der Sozialdemokratie in Sachsen und Thüringen für Schumacher unerreichbar blieben, weil sie in der sowjetischen Zone lagen, wo sich die Sozialdemokraten unter dem Druck der Besatzungsmacht der Zwangsvereinigung mit der KPD hatten unterwerfen müssen, der wird dieses Ergebnis nicht gering schätzen.

Heuss, Adenauer und Schumacher waren die großen Drei, die nach Diktatur, Krieg und Zusammenbruch den Deutschen in ihrer Trümmerwüste wieder demokratische Orientierung boten. Alle drei ragten aus Weimar herüber, alle drei waren vom Aufstieg und Scheitern der ersten deutschen Republik geprägt. Schumachers Charisma, seine brillante Rhetorik und seine Kämpfernote ließen ihn zum großen Volkstribun der

ersten Stunde werden; seine Absage an die Vereinigung mit einer Moskau-hörigen KP legte einen wichtigen Grundstein für die spätere Bundesrepublik und schuf die Basis für den antitotalitären Konsens, der in den ersten Jahrzehnten für ihr politisches Binnenklima bestimmend war. Aber die Konsequenz, die er aus Weimar zog, war ein betont nationaler Kurs, den seine SPD seit 1945 steuerte: Nie wieder sollten die Sozialdemokraten, die – wenn auch innerlich widerstrebend – zu den Versailler Bedingungen 1919 hatten Frieden schließen müssen, sich eine nationale Blöße geben, nie wieder durften sie als vaterlandslose Gesellen beschimpft werden. So übernimmt er, der zehn Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis leiden mußte und sich deshalb 1945 als wahrhaft Befreiter fühlen konnte, nach dem Krieg die Rolle eines Anwalts der geschlagenen Nation. Als Kämpfer gegen Hitler tritt er den siegreichen Alliierten quasi von gleich zu gleich gegenüber, und in der Auseinandersetzung mit Adenauer verkehren sich schließlich die klassischen Weimarer Rollen von rechts und links. War es in der ersten deutschen Republik die Linke, die von rechts der Erfüllungspolitik bezichtigt wurde, ist es in der jungen Bundesrepublik der eher rechte Adenauer, der von dem Linken Schumacher als »Kanzler der Alliierten« angeprangert wird.

Heute gilt der Wiederbegründer der SPD Historikern, aber auch vielen Sozialdemokraten als der Mann, der seine Partei mit der vehementen Ablehnung des Schuman-Plans und seinem Kampf gegen die Westintegration auf einen lang währenden Irrweg schickte, den sie erst mit Herbert Wehners historischer Rede vom Juni 1960 im Bundestag offiziell korrigierte. In dieser Rede bekannte sich Wehner für seine Partei demonstrativ zur Westintegration und zur NATO und sagte, das geteilte Land könne unheilbar miteinander verfeindete Christliche Demokraten und Sozialdemokraten nicht ertragen. Helmut Schmidt, der Schumacher wegen der schrecklichen Leiden, die er in der Nazi-Zeit und im Ersten Weltkrieg erdulden mußte, hoch achtet und ihn als »eine wunderbar begabte, charakterlich tadellose« Person beschreibt, nennt es geradezu tragisch, daß der erste SPD-Parteichef nach dem Krieg die falsche Lehre aus der Geschichte der Weimarer Republik gezogen habe. Aber war Schumachers Hoffnung, die Sieger würden sich schließlich doch über Deutschland einig werden, wenn die Deutschen nur überzeugend genug das Ziel der Einheit allen anderen Überlegungen voranstellten, in den ersten zwei Jahren seiner Auseinandersetzung mit Adenauer wirklich völlig illusorisch? Er starb nach halbjähriger Krankheit bereits im Sommer 1952. Hätte ein Mann seines durchdringenden Verstandes aus dem

triumphalen Wahlsieg Adenauers 1953 nicht Konsequenzen für seine politische Konzeption gezogen und seinen Kurs korrigiert? Mag dies auch Spekulation sein, bleibt doch die Tatsache, daß er für den nach seinem Tod von seinem Nachfolger Ollenhauer konsequent weiter beschrittenen außenpolitischen Irrweg der Partei kaum verantwortlich zu machen ist. Ollenhauer, der so ganz von Weimar geprägte Typ des biederen, braven Parteifunktionärs, der dem Exil-Vorstand der Partei in London angehört hatte, war offenbar überfordert, die nötigen Schlüsse aus seiner Wahl Niederlage von 1953 zu ziehen und verlor – nicht zuletzt deshalb – auch die Wahlen von 1957. Die wichtigsten Impulse für eine veränderte Konzeption sozialdemokratischer Außenpolitik gingen mit Ernst Reuter und Willy Brandt von Berlin aus, das schon seiner Lage wegen eine enge Bindung an die Schutzmacht Amerika suchte und die westliche Allianz befürwortete. Zwar gab der Regierende Bürgermeister Brandt, und auch dies entsprach dem Interesse und der besonderen Lage der Stadt, die deutsche Einheit als vorrangiges Ziel nie auf, aber er wendete sich nicht gegen die europäische Integration – im Gegenteil. Von der westlichen Verflechtung versprach er sich eher einen potentiellen Verhandlungstrumpf für Viererkonferenzen zur deutschen Frage, die er bis zum Bau der Mauer immer wieder forderte.

Erste Schritte der SPD in Richtung Volkspartei waren schon unter Kurt Schumacher erfolgt. Trotz seines Festhaltens an klassischen sozialistischen Positionen, etwa der Verstaatlichung der Grundindustrie, war der erste SPD-Chef nach dem Krieg alles andere als ein doktrinärer Marxist. Er suchte die klassische Arbeiterpartei für Angestellte und Beamte zu öffnen, bezeichnete die Gewinnung des Mittelstands als die historische Aufgabe der neu gegründeten Partei, und es gelang ihm, bürgerliche Intellektuelle und Akademiker, etwa Carlo Schmid oder Karl Schiller, an die SPD zu binden. Doch der große und entscheidende Durchbruch zur Modernisierung der alten Tante SPD sollte erst im November 1959 mit dem Godesberger Programm gelingen, mit dem sich die einstige sozialistische Arbeiterpartei endgültig in eine Volkspartei verwandelte. Alte, dogmatische Vorstellungen aus der Schreckenskammer überlieferter sozialistischer Wirtschaftsvorstellungen wurden fallen gelassen. Die runderneuerte Partei bekannte sich zur Landesverteidigung, entkrampfte das Verhältnis zu den Kirchen, und mit Karl Schillers Formel »Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig« stellte sie sich endlich auf den Boden der Marktwirtschaft. Das neue Programm enthielt die Zukunftsvision nicht nur einer freieren, gerechteren Gesell-

schaft, es setzte auch unverhüllt auf den technischen Fortschritt – etwa die Atomkraft – und ließ die SPD in den Augen vieler bis dahin ferngebliebener kultureller und sozialer Schichten als die weitaus zeitgemäßere, modernere und bald auch als die jugendlichere Partei erscheinen als die regierende CDU. So wurde »Godesberg« nicht nur zu einer internationalen Chiffre für die Modernisierung einer alten Partei, es stand zudem für Aufbruch und praktischen Erfolg in der Politik. Und der stellte sich ein, sobald die Partei nicht mehr den als Wahlkämpfer wenig attraktiven Parteivorsitzenden Ollenhauer, sondern den populären und – gemessen am Patriarchen Adenauer – jugendfrisch wirkenden Regierenden Bürgermeister Willy Brandt als Kanzlerkandidaten für die Wahl 1961 nominierte. Zwar schaffte dieser nicht im ersten Anlauf den Sprung in die Regierungsverantwortung, aber er gewann so erheblich Stimmen dazu, daß der SPD mit Brandt der Ausbruch aus dem Turm der 30 Prozent gelang, in den sie sich seit 1949 eingemauert sah.

Brandts Kanzlerschaft 1969 markiert den Beginn der großen Jahre der deutschen Sozialdemokratie, und einige Historiker werten die Abwahl der CDU, die sich als einzig legitime Staatspartei der Bundesrepublik verstand, gar als eine Umgründung der Republik. Mit seiner Devise »Mehr Demokratie wagen« eröffnet Brandt eine Ära der inneren Reformen, und außenpolitisch gelingt ihm nach Osten, was Adenauer nach Westen erreichte: wenn nicht Freundschaft, so immerhin Ausgleich und Versöhnung. Seine Ostpolitik vergrößert den außenpolitischen Spielraum der Bundesrepublik beträchtlich und läßt sie, die einmal als Mündel der Westmächte begann, durch ihre Wirtschaftskraft zum *international player* werden. Was die heutigen Sozialdemokraten allerdings nicht vergessen sollten, wenn sie auf die glorreichen Jahre der Regierungen Brandt/Schmidt zurückblicken: Es waren nie Jahre einer rein sozialdemokratischen, es war stets eine sozialliberale Ära. Die Ehe mit den Liberalen hat den Sozialdemokraten schon deshalb gut getan, weil die Parteilinke, die nach dem großen Wahlsieg Brandts 1972 erstarkte und alte linke Konzepte neu entdeckte, durch das Bündnis mit den Liberalen leichter in Schach zu halten, der Platz der SPD als linke Mitte also besser zu behaupten war.

Diese sozialliberale Ära begann, als die Wirtschaft noch nicht so global verflochten war wie heute, als es noch eine wirkliche *Nationalökonomie* gab, eine D-Mark etwa, die Karl Schiller, der modernere Ludwig Erhard, floaten lassen konnte und eine Konjunktur, die sich noch weitgehend national steuern ließ. Es ist diese Zeit der Schillerschen Wirt-

schaftspolitik, an welche die Linke mit Lafontaine sehnsüchtig zurückdenkt und die ihm heute noch Modell steht für eine – freilich nun antiquierte – linke Wirtschaftspolitik. Aber diese Jahre waren noch vom großen Aufschwung getragen, der nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte und mit stetig steigender Produktivität und hohem wirtschaftlichem Wachstum auch Steigerungen der Masseneinkommen möglich machte. Doch aus dem »kurzen Traum der immerwährenden Prosperität« (Burkhard Lutz), den damals viele träumten, gab es Mitte der siebziger Jahre ein jähes Erwachen. Hatten die Sozialdemokraten in der sozialliberalen Ära viele sozialpolitische Initiativen durchgesetzt, mußte schon der späte Kanzler Helmut Schmidt erkennen, daß die Belastbarkeit der Volkswirtschaft für weitere sozialpolitische Wohltaten überschritten war. Mit Schmidts Sturz durch das konstruktive Mißtrauensvotum 1982, vor allem aber mit Brandts Rücktritt vom Parteivorsitz 1987 beginnt der unaufhaltsame Abstieg der Partei, nur vermeintlich gebremst durch die Regierungszeit Gerhard Schröders. Der schnelle Wechsel an der Spitze liest sich wie eine Fieberkurve des Patienten SPD: Brandt war immerhin 24 Jahre Vorsitzender, er hatte sich damit länger im Amt gehalten als all seine Vorgänger, ausgenommen August Bebel. Doch zwischen dem Rückzug Brandts und dem jetzigen Vorsitzenden Gabriel zählt die SPD nicht weniger als neun Parteichefs, was einer Amtszeit von lediglich zweieinhalb Jahren pro Vorsitzenden entspricht. Zwei der »Enkel« Brandts, Björn Engholm und Rudolf Scharping, erreichen nicht einmal diesen Durchschnittswert. Der Wechsel beschleunigt sich zudem seit 2004, denn da folgen in nur sechs Jahren gleich sechs Vorsitzende aufeinander: Als Franz Müntefering hinwirft, kommt Matthias Platzeck; als dieser zurücktritt, rückt Kurt Beck nach; auf ihn folgt noch einmal Müntefering; bis schließlich Sigmar Gabriel nach dem Wahldesaster 2009 den – soll man sagen: Feuerstuhl? – des Vorsitzenden übernimmt.

Die heutige Partei-Misere hat viel mit Gerhard Schröder zu tun, über dessen Regierungszeit man geteilter Meinung sein mag. Doch weder Hartz IV, noch die Rente mit 67 oder die übrigen Arbeitsmarkt-Reformen der Agenda 2010 sind das eigentliche Problem. Es ehrt den dritten SPD-Kanzler der Bundesrepublik eher, daß er, auch auf die Gefahr des Scheiterns hin, sein politisches Schicksal an die – freilich spät gewonnene – Überzeugung knüpfte und Reformen durchsetzte, um die Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates unter den veränderten Bedingungen des neuen Jahrhunderts zu sichern. Es geht nicht um das, was er durchsetzte, sondern um die Frage, *wie* er es tat. Schröder war angetreten mit dem populis-

tischen Versprechen, die wenigen Reformen, zu denen sich die schwarzgelbe Vorgängerregierung gegen Ende ihrer Amtszeit schließlich hatte durchringen können, umgehend rückgängig zu machen, nach dem Motto: Wir garantieren soziale Gerechtigkeit und korrigieren Kohls Fehler – darunter auch die Einführung des demographischen Faktors in der Rentenversicherung. Zwar war nicht Gerhard Schröder, sondern der damalige Parteichef Oskar Lafontaine für die Wahlkampagne von 1998 und damit für diese Versprechen zuständig – jeder Wähler erhielt sogar eine Garantiekarte, um die Einlösung der neun wichtigsten Wahlversprechen zu überwachen. Aber es war der Kanzler Schröder, der sie umgehend in die Tat umsetzte. Ganze fünf Jahre ließ er verstreichen, bis er schließlich eingestand, daß diese Fehlerkorrektur angesichts einer rapide alternden Bevölkerung selbst ein entscheidender Fehler gewesen sei und er nun – im Rahmen seiner Agenda 2010 – das Rentenalter Schritt für Schritt auf 67 Jahre angehoben wissen wolle. Kaum ein Sachverständiger bezweifelt heute, daß mit der Schröderschen Reform-Agenda Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden, und Erfolg ist ihr mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit ja auch beschieden worden. Daß dem Kanzler Schröder dennoch wichtige Teile seiner Partei die Gefolgschaft versagten, hat schlicht damit zu tun, daß der Parteivorsitzende Schröder seine Partei nicht mehr verstand und die inneren Gesetze mißachtete, die sie seit mehr als einem Jahrhundert zusammenhielten.

Weil die SPD stets eine klassische Diskussions- und Diskurspartei war und bis heute ist, werden Versuche, ihr mit der Autorität eines Regierungschefs Reformen von oben einfach überzustülpen, immer auf Widerstand stoßen. Der leider viel zu früh verstorbene Peter Glotz, Vor- und Querdenker der SPD und langjähriger Bundesgeschäftsführer des Vorsitzenden Willy Brandt, kritisierte des Basta-Kanzlers Drohung, »entweder ihr billigt meine Agenda oder ihr müsst euch einen anderen suchen«, als total verfehlt »imperiale Dramaturgie«. Schröders Taktik verglich er mit einem Sturzflugmanöver, das auf dem »liebenswürdigen Flugplatz der SPD« lebensgefährlich sei. In der Tat hätte ein Blick auf die Entstehung des Godesberger Programms die Architekten der Agenda 2010 eines Besseren belehren können. Damals reisten die für die Ausarbeitung des Programms Zuständigen – es waren der Leonhard-Nelson-Schüler Willi Eichler und der Wirtschaftspolitiker Heinrich Deist – nahezu anderthalb Jahre von Ortsverein zu Ortsverein, stellten sich der Diskussion mit den einfachen Genossen und den einflußreichen Funktionären des Mittelbaus, überzeugten die meisten und sicherten dem

programmatischen Kurswechsel damit eine satte Mehrheit. Nichts dergleichen geschah mit der geplanten Reform des Sozialsystems und des Arbeitsmarkts, obschon es reichlich Zeit für eine Werbe- und Überzeugungskampagne an der Parteibasis gegeben hätte. Denn Ansätze zu dem, was Schröder den überraschten Genossen 2003 als Bundeskanzler verkündete, waren bereits im Schröder-Blair-Papier aus dem Jahr 1999 enthalten, das die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und den Umbau der Sozialsysteme anvisierte, um den Faktor Arbeit von den Sozialkosten zu entlasten. Von dem inzwischen zurückgetretenen Oskar Lafontaine und der Parteilinken mit dem neuen Kampfbegriff eines »neoliberalen« Sozialabbau vehement befehdet, verschwindet das Papier nach Verlusten bei den Europa- und bei Landtagswahlen aus der öffentlichen Diskussion. Aber seither geht ein Riß durch die Partei: Auf der einen Seite die Linken, die in Wahrheit Sozialstaatskonservative und Traditionalisten sind, welche den Wohlfahrtsstaat der Industriegesellschaft der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts mit Zähnen und Klauen verteidigen oder wieder herbeiführen wollen; auf der anderen Seite die vermeintlich neoliberalen Rechten, die in Wahrheit Reformer sind, den Sozialstaat nicht abschaffen, aber ihn zu seiner Rettung modernisieren und den Bedingungen der modernen Wissensgesellschaft anpassen wollen. Der Aufstand der Linken gegen die Agenda 2010 zwingt Schröder schließlich zu vorzeitigen Neuwahlen und kostet ihn und die SPD die Kanzlerschaft. Seither verabschiedet sich die SPD Stück für Stück von der Agenda 2010 und distanziert sich damit von einem der wenigen veritablen Erfolge, die sie seit der Ära Brandt/Schmidt vorzeigen kann. Ironischerweise ist es ausgerechnet ein »Enkel« Willy Brandts und alter SPD-Parteichef, der an dieser Entwicklung entscheidenden Anteil hat: Oskar Lafontaine, der 2005 aus der SPD austritt, einer der beiden Parteichefs der neuen Linkspartei wird und 2005 wieder in den Bundestag einzieht. Begabter Populist und Demagoge von Format, betreibt er von Linksaußen, was er beinahe zynisch als Resozialdemokratisierung der SPD bezeichnet. Als Konkurrent von links wirkt er vor allem auf die Linke in seiner alten Partei, und der Prozeß, den er in Gang gesetzt hat, wirkt auch nach seinem Rückzug ins Saarland fort. Die SPD-Linke verschiebt die innere Balance ihrer Partei immer weiter nach links und fordert die Rückkehr zu alten sozialpolitischen Konzepten. Steht am Ende dieser Entwicklung nicht nur ein enges Bündnis zwischen SPD und Linkspartei, sondern als Endziel womöglich die Vereinigung beider Parteien?

Mit Blick auf ihre eigene Geschichte sollten die Sozialdemokraten ge-

warnen sein. Auch in den frühen Weimarer Jahren hatte es – neben der Moskau-hörigen KPD – mit der USPD eine linke Abspaltung gegeben. Als es zur Vereinigung der SPD mit jener USPD-Minorität kam, die sich nicht der KPD anschließen wollte, musste die SPD, die immerhin 1,7 Millionen Mitglieder zählte, den 200 000 zu ihr stoßenden Linksabweichlern einen hohen Preis entrichten. In Görlitz hatten sich die Sozialdemokraten 1921 ein Programm gegeben, das den seit Bebels Zeiten unheilvollen Gegensatz zwischen radikaler Theorie und reformistischer Praxis beseitigte und die Republik als die »unwiderruflich gegebene Staatsform« bezeichnete. Es war ein Programm ganz nach Schumachers Geschmack – zeitgemäß für eine Partei, die zusammen mit dem Zentrum und den Demokraten der DDP die Weimarer Republik in der Nationalversammlung 1919 aus der Taufe gehoben hatte. Doch nach der Vereinigung mit der USPD, als in Heidelberg 1925 ein neues Programm beschlossen wird, gilt diese Republik plötzlich nur noch als »günstigster Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse« und wird damit auf ein historisches Durchgangsstadium reduziert. Wer in Rechnung stellt, daß sich die Sozialdemokratie in Weimar zur eigentlichen Staatspartei der demokratischen Republik entwickelt und sie an ihrem bitteren Ende praktisch allein verteidigt hat, für den liest sich das einigermaßen grotesk. Doch Tatsache ist, daß sie seit der Vereinigung mit der USPD eine Fundamental- und Systemopposition in ihren Reihen birgt, deren Motto lautet: Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel. In den Augen so eingefleischter bürgerlicher Demokraten wie Konrad Adenauer galt die SPD deshalb in Weimar nie als hundertprozentig zuverlässiger Anwalt der parlamentarischen Demokratie. Ohne Zweifel würde auch heute eine engere Bindung an die Linkspartei – oder gar eine Vereinigung – die Sozialdemokratie noch weiter nach links rücken lassen und die Gefahr beinhalten, daß sie zur Klientelpartei des unteren Drittels der Gesellschaft degenerierte. Sie verlöre den Anschluß an die Mitte und jenen Teil der Gesellschaft, der die Mittel für die Transfermilliarden, die an das untere Drittel gehen, überhaupt erst erwirtschaftet.

Nun stimmt, daß der beste Freund geschlagener Parteien schon immer der Verschleiß und die Fehler gewesen sind, den die Wahlsieger beim Regieren begehen. Die Wahlen vom Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen bestätigen zwar diese alte politische Faustregel, denn nur neun Monate nach dem Absturz auf die 23 Prozent bei den letzten Bundestagswahlen scheint die SPD wieder »da« zu sein. Doch um das Ergebnis in einen Triumph umzudeuten, gibt es keinen Anlaß. Auch die SPD zählt, gemes-

sen an den Landtagswahlen von 2005, zu den Wahlverlierern. Sie steht in NRW jetzt ungefähr da, wo sie in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre einmal sehr bescheiden begonnen hat. Jede Spekulation darauf, der politische Gegner im Bund werde – selbst bei begrenzter Lernfähigkeit und dem durch die Wirtschaftskrise beengten politischen Spielraum – den Sozialdemokraten erneut ein Wahl-Geschenk wie den chaotischen Regierungsanfang von Schwarz-Gelb im Bund bescheren, wäre gefährlich, denn sie förderte Zurücklehnen, Abwarten und populistisches Taktieren. Um in den nächsten Jahrzehnten zu bestehen, braucht die Sozialdemokratie ein zweites Bad Godesberg, das sie wieder zur führenden Kraft der Erneuerung werden läßt. Das neue Programm hätte nicht nur die wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien für eine Politik im Zeitalter der Globalisierung zu formulieren, es hätte auch einen glaubwürdigen Politikentwurf für Zeiten des absterbenden Nationalstaates zu bieten. Wenn immer mehr Bürger den Wahlurnen fern bleiben, hat das auch mit der Erkenntnis zu tun, daß nationale Politik gegenüber den großen, globalen wirtschaftlichen Prozessen weitgehend machtlos geworden ist, daß die Regierenden diese Prozesse nicht steuern, sondern von ihnen getrieben werden und ihre Folgen bestenfalls sozial abpuffern können – und auch das nur in begrenztem Maße, weil es oft an den nötigen Mitteln fehlt. Da ein umfassendes, krisensicheres Regelwerk für ein globales Finanzsystem enge internationale und weltweite Kooperation voraussetzt, zu der es wegen unterschiedlicher Interessen der großen Wirtschaftsblöcke und -nationen so schnell nicht kommen wird, müsste es gelingen, wenigstens für Europa gemeinsame Lösungen zu finden. Doch heute sitzen die deutschen und die Bürger der anderen Nationen im riesigen Wartesaal des politisch unvollendeten europäischen Kontinents: Man weiß, woher man kommt, alle spüren schmerzhaft, daß der traditionelle Nationalstaat nicht mehr die Kraft hat, die drängenden Probleme allein zu lösen; aber der Ausgang aus dem Saal führt zur Zeit nicht in eine helle, klare Zukunft. Denn die europäische Ordnung, welche die aufgerissene Lücke füllen könnte, gibt es bis heute nur unvollkommen. Das gilt auch für die Bildung europäischer Parteien oder Fraktionen im Europa-Parlament, wo beispielsweise die progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten, der die deutschen Sozialdemokraten angehören, außerordentlich heterogene Kräfte in sich vereinigt.

Ein neues Godesberg, das die Schwäche und Unvollkommenheiten nationalstaatlicher Konzepte am Anfang des 21. Jahrhunderts eingesteht, das auf europäische Lösungen drängt und einen europäischen Entwurf

anböte, schriebe nur die internationale Tradition der Sozialdemokraten fort. Schon in ihrem Heidelberger Programm hatte sie sich 1925 zu den Vereinigten Staaten von Europa bekannt und sah sich wegen dieser programmatischen Zukunftsvision immer wieder von rechts angegriffen. Auch Kurt Schumacher war ja kein Gegner von Europa – ganz im Gegenteil. Wenn er gegen Adenauers Politik Front machte und die Christdemokraten verächtlich »Neoeuropäer« nannte, dann nur, weil für ihn ein europäischer Staatenbund nur unter gleichberechtigten, voll souveränen Partnern und bei gleicher Aufgabe von Souveränitätsrechten aller Beteiligten denkbar war. Solange die Alliierten sich die Kontrolle über Deutschland vorbehielten, solange vor allem die französische Politik das Saarland als reparationspolitisches Faustpfand betrachtete und seinem Saar-Protectorat auch noch Sitz und Stimme in Europa geben wollte, sah er diese Voraussetzungen nicht gegeben. Inzwischen sind alle seine Bedingungen seit Jahrzehnten erfüllt, zumal nach der Vereinigung von 1990 das ganze Deutschland Teil der Europäischen Union geworden ist. Aber die wichtigste Aufgabe, eine für alle Mitglieder verbindliche gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik – ist bis heute ungelöst. Die gegenwärtige Eurokrise zeigt, daß zumindest die Länder der Euro-Zone so etwas wie eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzregierung brauchen – wie immer man sie dann auch nennen mag. Doch wird, damit es sie geben kann, für alle Mitglieder erneut Verzicht auf tradierte nationale Verhaltensweisen nötig: Die einen müssen sich an eine straffere Haushaltsdisziplin gewöhnen, die Deutschen an die Tatsache, daß sie ihr bisher erfolgreiches Modell des Wirtschaftens allen anderen wohl kaum aufzwingen können und sie deshalb Abstriche machen müssen. Für die wichtigsten innenpolitischen Sektoren – Renten-, Steuer-, Gesundheits- und Finanzpolitik – wird diese Entwicklung nicht ohne ernste Konsequenzen bleiben. Ein neues Bad Godesberg müßte deshalb Leitlinien entwerfen, die diesen Prozeß transparent machen und aufzeigen, wie Politik ihn steuern kann.

Eine Modernisierung durch ein zweites Godesberg sollte auch die Öffnung der Partei für Sympathisanten bringen, um sie aus dem Griff der Betonköpfe und Ochsentour-Funktionäre zu befreien. Modell könnten die Wählerinitiativen aus der Zeit der kampfumtosten Ostverträge stehen, nur methodisch ausgebaut: Warum sollten die künftigen Wähler bei der Aufstellung von Kandidaten etwa nicht mitreden dürfen und somit helfen, auch Quereinsteigern den Weg zu ebnen? Auch der immer wieder strapazierte Begriff der sozialen Gerechtigkeit bedürfte einer neuen

Justierung, damit klar und einsehbar wird, was soziale Gerechtigkeit unter den veränderten Bedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft vor allem für die Generationen heute bedeutet. Wenn stimmt, daß Vollbeschäftigung ein Traum von gestern ist und die neue Wissensgesellschaft den Ausschluß vieler aus der modernen Arbeitswelt bedeutet, dann werden wir »auf Dauer mit einer neu zusammengesetzten Unterklasse« leben müssen, die »wissensintensive Jobs entweder nicht bekommt oder, wegen der stark verdichteten Arbeit, nicht will« (Peter Glotz). Gerade deshalb aber müßte die SPD auf eine Politik eingeschworen werden, welche die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stärkt – etwa durch niedrige Unternehmenssteuern und durch Senkung der Lohnnebenkosten. Globalisierung bedeutet immer schärferen, ja gnadenlosen Wettbewerb, und nur, wenn die deutschen Unternehmen sich darin behaupten können, wird der Staat auch über die Mittel verfügen, welche für den Sozialtransfer zum unteren Drittel der Gesellschaft notwendig sind, dem sich die SPD aus Tradition solidarisch verbunden weiß. Gerade deshalb darf sie die Leistungsträger, vor allem jene »Wissensarbeiter« nicht verschrecken, die unsere Gesellschaft braucht, wenn sie die Folgen der Überalterung durch Innovationen und Erhöhung der Produktivität überwinden will. Daß Partner für einen solchen Kurs einer erneuerten Volkspartei SPD nie die Linkspartei, wohl aber die Grünen und die Liberalen sein könnten, steht außer Frage. Wenn die SPD nicht zur linken Klientelpartei verkommen will, muß sie wohl oder übel an ihre besten Zeiten der Ära Brandt/Schmidt anknüpfen – und diese wären ohne die Bündnisfähigkeit der SPD mit liberalen Kräften undenkbar gewesen.

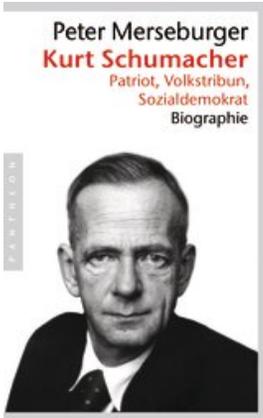
Berlin, im Juni 2010

Zwischen Kloster und Kaserne: Jugend im westpreußischen Grenzland 1895–1915

Noch heute ist viel von dem Charme zu spüren, den sein »liebes altes Nest«, die preußische Kleinstadt am großen Weichselknie, um die Jahrhundertwende einmal gehabt haben muß. Von den Kriegen verschont, bietet Culm mit Backsteinkirchen und gotischen Klöstern, spitzen Giebeln und alten Türmen viele mittelalterliche Reize. Die langen Wehrmauern und das Brama Grudziadska, einst Graudenzer Tor genannt, haben noch ihre ursprüngliche gotische Gestalt, und der quadratische Marktplatz erinnert an die Zeit, als Hermann von Salza mit päpstlichem Segen und im Auftrag des polnischen Herzogs von Masowien die heidnischen Pruzzen mit dem Schwert zum Christentum bekehrte. Den Anfang dazu machte er im Culmer Land, weshalb Culm, genau besehen, als die Keimzelle Preußens gelten kann, das ja aus dem Staat der Ordensritter hervorging und lange Zeit ebenso germanisch wie slawisch geprägt war. Selbst das deutsche Wort Culm kommt aus dem Altslawischen, wo es soviel wie Hügel oder Kuppe bedeutet – und eben auf einer Anhöhe auf dem rechten Weichselufer errichtet der Orden 1231 als seine erste befestigte Siedlung Culm, die lange Zeit als Oberhof für Teile der westpreußischen Städte dient.

Wer in Kurt Schumacher also vor allem den protestantischen Preußen sieht, der das große Duell um die Führung der zweiten deutschen Republik mit dem katholischen Rheinländer Konrad Adenauer ausfechten wird, mag sich durch die Geschichte bestätigt fühlen. Grenzländer sind beide, doch in der Heimat des einen blickt man eher zu den westlichen Nachbarn hin, nach Frankreich, dem Entstehungsland von Bourgeoisie und Demokratie; Preußen wird eher als heidnisch-protestantische Macht empfunden, welche sich die blühenden Lande am Rhein 1815 unterwarf. In der Heimat des anderen gilt der Staat der Hohenzollern vor allem als Garant gegen östliche Despotie, die wenige Kilometer von Culm entfernt im Zarenreich herrscht. Am

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE



Peter Merseburger

Kurt Schumacher

Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat
Biographie

Paperback, Klappenbroschur, 560 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-570-55139-4

Pantheon

Erscheinungstermin: September 2010

Ein Sozialdemokrat im 20. Jahrhundert

Kurt Schumacher war nach 1945 einer der wenigen Deutschen mit einer glaubwürdigen demokratischen Biographie. Zurück aus mehrjähriger KZ Haft, engagierte sich der Vorsitzende der SPD leidenschaftlich für eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie. Eine Allianz mit den Kommunisten lehnte er ebenso ab wie die Politik Konrad Adenauers, zu dessen großem Gegenspieler er wurde.

Diese Biographie entschlüsselt nicht nur das Leben eines bedeutenden deutschen Politikers, sondern bietet zugleich einen glänzenden historischen Abriss vom Kaiserreich über Weimar und den Nationalsozialismus bis zur Nachkriegszeit.